

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Ärztliche Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern sichern – Besser steuern, bedarfsgerechter ausbilden und neue Versorgungsmodelle etablieren

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die zahlreichen Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger verdeutlichen die sehr angespannte Lage bei der ärztlichen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern. Die Suche nach verfügbaren Ärzten wird schwieriger, die Wartezeiten auf Termine länger und die Wege zum nächsten Arzt immer weiter. Das gilt für alle Fachrichtungen. Der demografische Wandel wird diese Situation weiter verschärfen.
2. Ein zentraler Baustein zur zukünftigen Sicherstellung der ärztlichen und gesundheitlichen Versorgung ist die in der vergangenen Legislaturperiode eingeführte Landarztquote. Die Nachfrage übersteigt inzwischen deutlich das Angebot der verfügbaren Plätze. Die nun vorgesehene Ausweitung der Landarztquote auf Zahnärzte, Apotheker und den öffentlichen Gesundheitsdienst ist ein erster Schritt, der jedoch zu kurz greift.
3. Aus dem Landtag wurden in der Vergangenheit ganze Maßnahmenkataloge vorgeschlagen, die wichtige Impulse enthielten, von den Koalitionsfraktionen und der Landesregierung jedoch stets abgelehnt wurden. Der vorliegende Antrag versteht sich als Fortschreibung dieser Initiativen (z. B. Drucksache 8/4747) und soll weitere Maßnahmen zur Diskussion stellen. In diesem Zusammenhang bekräftigt der Landtag insbesondere die Notwendigkeit für einen Ausbau der Studienplätze in der Humanmedizin, die Erhöhung der Landarztquote sowie eine stärkere sektorenübergreifende Versorgung.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. eine Versorgungsbedarfsanalyse zu zukünftigen ambulanten und stationären sowie sektionsverbindenden Behandlungen in Auftrag zu geben.
2. sich auf Bundesebene analog zur geplanten Endbudgetierung von Fachärzten in unterversorgten Regionen dafür einzusetzen, dass diese auf Zahnärzte erweitert wird.
3. sich auf Bundesebene proaktiv in den Prozess der geplanten Reform der Bedarfsplanung für Zahnärzte einzubringen.
4. auf Grundlage der bestehenden Maßnahmenkataloge¹ der Zahnärztekammer Mecklenburg-Vorpommern, der Bundeszahnärztekammer, der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern und des Bundes eine Entbürokratisierungsoffensive im Land zu starten. Die vorgeschlagenen Maßnahmen auf Bundesebene sollen durch die Landesregierung aktiv in den vorgesehenen Prozess zum Bürokratieabbau im Gesundheitswesen eingebracht werden.
5. sich auf Bundesebene für eine Meldepflicht für freie psychotherapeutische Behandlungsplätze und eine zentrale Terminvermittlung einzusetzen. Die Durchführung eines entsprechenden Modellprojektes auf Landesebene ist ebenfalls anzustreben.
6. die Einführung eines landesweiten telemedizinischen Bereitschaftsdienstes auf den Weg zu bringen.
7. sich auf Bundesebene für eine Reform der ärztlichen Weiterbildung einzusetzen. Zielstellung ist eine stärkere Steuerung, sodass sich die angebotenen Weiterbildungsstellen in den Facharztrichtungen stärker am Versorgungsbedarf ausrichten.
8. die Förderung kommunaler Versorgungszentren auszubauen.
9. eine Überleitung geeigneter Modellprojekte, wie beispielsweise aus dem Innovationsfonds, in die Regelversorgung zu prüfen. Exemplarisch kann das Projekt „NetKoH“ angeführt werden.
10. den verstärkten Einsatz von akademischen und nicht akademischen Gesundheitsfachkräften zu ermöglichen, um Ärztinnen und Ärzte in den Praxen zu entlasten.

Daniel Peters und Fraktion

¹ vgl. https://www.kzbv.de/wp-content/uploads/KZBV_BZAeK_2023_Buerokratieabbau_Massnahmen-katalog.pdf (16.09.2025)

Begründung:

Die ärztliche Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern steht vor gewaltigen Herausforderungen. Bereits heute ist die Situation sehr angespannt – das bestätigen die Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern landesweit. Es braucht ein ganzes Maßnahmenbündel. Mit dem Zehn-Punkte-Plan haben die Antragsteller bereits zahlreiche Vorschläge unterbreitet. Mit dem nun vorliegenden Antrag werden diese fortgeführt und ergänzt. Im Mittelpunkt stehen eine bessere Patientensteuerung, weniger Bürokratie, innovative Versorgungsmodelle, eine sektorenübergreifende Versorgung sowie deutlich mehr Aus- und Weiterbildungskapazitäten. Zudem muss die Bindung ans Land erhöht und stärker am tatsächlichen Bedarf orientiert ausgebildet werden. Auf Bundesebene werden gegenwärtig die Rahmenbedingungen vorbereitet und Strukturreformen erarbeitet. Parallel sind auch auf Landesebene Maßnahmen notwendig. Dass die Forderung, die Landarztquote auf weitere Bereiche auszuweiten, von der Landesregierung endlich aufgegriffen wurde, ist ein erster Schritt. Dem müssen nun weitere Schritte folgen.